

Kriegsfragen des Handwerks.

Der Hanfa-Bund hatte zu heute vormittag nach dem Hause des Vereins Deutscher Ingenieure gegenüber dem Reichstage zu einer Kriegskonferenz für das deutsche Handwerk eingeladen.

Aus allen Teilen des Reiches waren Handwerksmeister, Vertreter von Handwerkskammern und Handwerkerorganisationen der Einladung gefolgt. Geheimrat Rießer wies in seinen Begrüßungsworten auf die wirtschaftliche Kraft des Vaterlandes hin. Diese Konferenz habe auch den Zweck, die wirtschaftlichen Grundlagen des Landes zu stärken. Die Verhandlungen leitete Obermeister Markus-Berlin. Den einleitenden Vortrag hielt der Reichstagsabgeordnete Obermeister Bartschat-Königsberg über „Fürsorge für die kriegsbeschädigten Handwerksmeister und Handwerksgefelln“. In seinen Ausführungen vertrat er den Standpunkt maßgebender Orthopäden, wie z. B. des Prof. Dr. Dieselkfi, daß es heute keine Krüppel mehr gebe, jeder Verstümmelte sei imstande, zu arbeiten und sein Brot selbst zu verdienen. Reich, Staat, Kommunen, Heeresverwaltung und das Rote Kreuz bemühten sich, in jeder Weise die Kriegsbeschädigten zu fördern. Man finde aber oftmals einen passiven Widerstand bei den Kriegsbeschädigten, weil sie annehmen, sie würden die Rente verlieren, wenn sie wieder arbeitsfähig würden. Nach den Beschlüssen des Reichstages, die allerdings noch nicht Gesetzeskraft hätten, die aber sicherlich die Zustimmung des Bundesrats erhalten werden, sei diese Befürchtung hinfällig, denn danach soll die Rente nur dann wegfallen, wenn der Kriegsbeschädigte eine jährliche Einnahme von mehr als 4000 M. erlangt hat oder eine solche von 6000 M., wenn er zum Unterhalt einer Familie verpflichtet ist.

Der Vortragende verlangte eine möglichst schnelle Entlassung der Kriegsbeschädigten aus dem Heere, damit sie möglichst schnell sich beruflich betätigen können und nicht bei ihrer Untätigkeit im Heere infolge ihrer Beschädigung Zeit zum Grilbeln über ihre Lage haben. Sehr verginge meist eine sehr lange Zeit, bis die Formalitäten der Entlassung erledigt seien. Eine Aenderung der Meisterprüfungsordnung zugunsten der Kriegsbeschädigten sei vielleicht zu erwägen. Sehr wichtig sei die Berufsbewertung für die Kriegsbeschädigten, damit jeder an seinen Platz komme. Wo Lazarette seien, müßten Ortsausschüsse für die Berufsberatung eingeseht werden, in denen vor allem Handwerker und Industrielle sitzen müßten. Ehrenpflicht der Arbeitgeber und Arbeiter sei es, mit den Kriegsbeschädigten jederzeit zusammenzuarbeiten; man müsse immer bedenken, daß sie für das Vaterland und damit auch für Handwerk und Industrie ihre Gliedmaßen geopfert haben. Obwohl der Abg. Bartschat sich als Freund der inneren Kolonisation bekannte, warnte er doch davor, nichtlandwirtschaftlich tätig gewesene Kriegsbeschädigte auf dem Lande ansiedeln zu wollen und sie womöglich mit einer einmaligen Summe abzufinden. Der Vortrag, der reichen Beifall fand, und dem man in der Diskussion weiteste Verbreitung wünschte, schloß mit dem Ausruf, daß man die Kriegsbeschädigten aus Almosenempfängern zu Steuerzahlern machen muß und vor allem machen kann.

In der Besprechung betonte man, daß man den Kriegsbeschädigten durch Lichtbilder oder durch Besuch der betreffenden Ausbildungsanstalten zeigen müsse, was man auch als verstümmelter Mensch leisten kann. Malermeister Kruse-Berlin warnte davor, die Kriegsbeschädigten als Lohndrücker zu benutzen, wie es in Berlin im Baugewerbe geschehen sei. Den Hausbesitzern seien hier billige Arbeitskräfte an Kriegsbeschädigten gestellt worden, und die noch wenig vorhandene Arbeit im Baugewerbe sei den Handwerkern weggenommen worden. Hierzu bemerkte Obermeister Kahardt, daß im Tischlergewerbe in einem Nachtrag zum Tarifvertrag die Beschäftigung und Vermittlung von Kriegsbeschädigten als ein gutes tarifliches Recht konstruiert worden sei. Auch habe man sich da über die Bezahlung dieser Leute geeinigt.